

15.03.2023

Kleine Anfrage 1547

des Abgeordneten Henning Höne FDP

Welche Gespräche und Abstimmungen hat die Landesregierung für die Erarbeitung der Eckpunkte für einen vorgezogenen Kohleausstieg im Jahr 2030 geführt?

Die Ministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie Mona Neubaur hat am 4. Oktober 2022 die Öffentlichkeit auf einer Pressekonferenz in Berlin über den auf das Jahr 2030 vorgezogenen Kohleausstieg in Nordrhein-Westfalen informiert. In der Pressekonferenz ist mehrfach angeklungen, dass die Gespräche und Verhandlungen zwischen den politisch Verantwortlichen und RWE sich – nachvollziehbarerweise – über einen längeren Zeitraum hingezogen hätten. Weder über die laufenden Verhandlungen noch über die Gespräche ist der Landtag entgegen der bisher üblichen langjährigen Parlamentspraxis informiert worden. Mit der Entscheidungsverkündung am 4. Oktober 2022 sind der Landtag Nordrhein-Westfalen und die Abgeordneten stattdessen vor vollende Tatsachen gestellt worden. Lediglich die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen wurde vorab informiert (Drs. 18/1699).¹

Bisher verweigert die Landesregierung trotz mehrfacher Nachfragen in Form von Kleinen Anfragen (Drs. 18/1161, Drs. 18/1276, Drs. 18/1766, Drs. 18/1799) Auskunft über Gesprächstermine und Absprachen mit den an der Entscheidung beteiligten Personen zu geben, die schließlich zur o.g. Vereinbarung führten. Diese Weigerung der Landesregierung widerspricht ebenfalls der langjährigen Parlamentspraxis, Informationsbegehren des Parlaments nachzukommen und über Termine und Gespräche der Landesregierung zu informieren. Exemplarisch lassen sich hierfür aus der 17. Legislaturperiode die Beantwortung der Kleinen Anfrage der Abgeordneten Sigrid Beer von Bündnis 90/ Die Grünen vom 21. Oktober 2019 mit der Drs. 17/7678 und die Beantwortung der Kleinen Anfrage der Abgeordneten Arndt Klocke, Johannes Rimmel und Stefan Engstfeld von Bündnis 90/Die Grünen vom 18. Dezember 2019 mit der Drs. 17/8290 anführen. Fragen zu Terminen bzw. Fragen zu Gesprächsterminen und -teilnehmern wurden hier durch die Landesregierung ausführlich, transparent und detailgenau beantwortet.

Auch die Bundesregierung kommt den Informationsbegehren der Abgeordneten entsprechend nach. Exemplarisch kann hier die Antwort der Bundesregierung vom 11. Oktober 2022 auf die Kleine Anfrage von Abgeordneten von DIE LINKE mit der BT-Drs. 20/3927 angeführt werden. Hier werden auch einzelne Termine des Bundesministers für Wirtschaft und Klimaschutz Dr. Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) aufgeführt – inklusive der namentlichen Nennung von Vertretern des RWE-Konzerns.

Die Verweigerungshaltung der Landesregierung ist auch aus politischer Sicht unverständlich: Am 8. September 2020 reichte die damalige Oppositionsfraktion von Bündnis 90/ Die Grünen

¹ s. auch: <http://taz.de/Ex-Aktivistin-Antje-Grothus-zu-Luetzerath!/5886341/>

im Landtag von Nordrhein-Westfalen den Antrag „Mehr Transparenz bei politischen Entscheidungsprozessen – Einführung eines verbindlichen Lobbyregisters und des legislativen Fußabdrucks“ (Drs. 17/10838) ein. Dort heißt es: „Verdeckte Einflussnahmen erschweren die öffentliche Kontrolle und vermögen somit, das Vertrauen in die Politik zu beeinträchtigen. Mangelnde Transparenz stellt vor diesem Hintergrund eine Gefahr für die Demokratie dar. Hinzu tritt schließlich der Umstand, dass die Möglichkeiten der Einflussnahme – ob verdeckt oder offen – bei den verschiedenen Akteuren unterschiedlich stark ausgeprägt sind. (...) Die damit einhergehenden Ungleichgewichte gilt es durch Schaffung von Transparenz zu beheben, damit alle Betroffenen für ihre Interessen gleichermaßen werben und an der demokratischen Willensbildung teilhaben können.“ Auch der Abgeordnete Matthi Bolte-Richter (Bündnis 90/ Die Grünen) stellte bei der Antragseinbringung eindringlich fest: „Deshalb müssen wir gemeinsam alles tun, um die Glaubwürdigkeit der politischen Institutionen zu stärken. Das schaffen wir nur mit transparenter Politik“ (Plenarprotokoll 17/99, S. 47).

Deshalb frage ich die Landesregierung:

1. Welche dienstlichen Kontakte (Telefonate, Gespräche, Treffen, schriftlicher Austausch) hatten Mitglieder der Landesregierung sowie der Leitungsebenen der Landesministerien seit Beginn der 18. Legislaturperiode mit Vertreterinnen und Vertretern von RWE zum Thema vorgezogener Kohleausstieg im Jahr 2030 (bitte jeweils nach Datum und Art des Kontaktes, beteiligten Personen und nach konkretem Thema aufführen; im Fall von „allgemeinem Austausch“ bitte das Sachthema angeben, unter dem Dokumente ggf. zu dem Kontakt veraktet wurden)?
2. Welche dienstlichen Kontakte (Telefonate, Gespräche, Treffen, schriftlicher Austausch) hatten Mitglieder der Landesregierung sowie der Leitungsebenen der Landesministerien seit Beginn der 18. Legislaturperiode mit- und untereinander für die Vorbereitung und Erarbeitung der Eckpunktevereinbarung für den vorgezogenen Kohleausstieg (bitte jeweils nach Datum und Art des Kontaktes, beteiligten Personen und nach konkretem Thema aufführen; im Fall von „allgemeinem Austausch“ bitte das Sachthema angeben, unter dem Dokumente ggf. zu dem Kontakt veraktet wurden)?
3. Welche dienstlichen Kontakte (Telefonate, Gespräche, Treffen, schriftlicher Austausch) hatten Mitglieder der Landesregierung sowie der Leitungsebenen der Landesministerien seit Beginn der 18. Legislaturperiode mit Mitgliedern der Bundesregierung oder der Leitungsebenen der Bundesministerien für die Vorbereitung und Erarbeitung der Eckpunktevereinbarung für den vorgezogenen Kohleausstieg (bitte jeweils nach Datum und Art des Kontaktes, beteiligten Personen und nach konkretem Thema aufführen; im Fall von „allgemeinem Austausch“ bitte das Sachthema angeben, unter dem Dokumente ggf. zu dem Kontakt veraktet wurden)?
4. Welche Textbausteine, Stellungnahmen sowie andere Expertisen von RWE und externen Dritten sind für die Eckpunktevereinbarung zum vorgezogenen Kohleausstieg im Jahr 2030 übernommen oder als Grundlage für diese herangezogen worden?
5. Wie bewertet die Landesregierung angesichts der in der 17. Legislaturperiode an den Tag gelegten großen Transparenz bzgl. Termine und Gesprächspartner das Vorgehen von Ministerin Neubaur, trotz mehrfacher Nachfragen nicht über die Genese des vorgezogenen Kohleausstiegs zu informieren?

Henning Höne